

Die wirtschaftliche Seite der Abrüstung

Autor(en): **Piel, Gerard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **54 (1960)**

Heft 6

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

durch die gewaltige Arbeit von Hugo Kramer bewirkt, und dafür weiß ihm die Religiös-soziale Vereinigung tiefen Dank. — Unsere herzlichsten Wünsche für Gottes Segen, Kraft und Gesundheit begleiten ihn ins neue Jahrzehnt!

Religiös-soziale Vereinigung

Dr. Hugo Kramer zum 70. Geburtstag am 11. Juli

Die Leser der «Neuen Wege» werden uns nicht «Personenkultus» vorwerfen, wenn wir an dieser Stelle unserem verehrten Mitredaktor und Autor der monatlichen «Weltrundschau» unseren Dank und herzliche Glück- und Segenswünsche zum 70. Geburtstag darbringen.

Seit dem Tode von Professor Leonhard Ragaz, im Dezember 1945, hat Hugo Kramer unserer Zeitschrift in nie versagender Treue und Unbestechlichkeit des Urteils gedient. Ein auf dem Evangelium begründeter Sozialismus, der seiner Freundschaft mit Professor Leonhard Ragaz entscheidende Eindrücke verdankte, war und ist sein Lebens-
element. Ein Blick in die heutige Presse — auch unseres Landes — beweist, daß solche Grundhaltung nicht dazu angetan ist, den Weg des politischen Kämpfers zu ebnen. Wer sich — wie Hugo Kramer — dem Suchen nach der Wahrheit und dem Eintreten für die Wahrheit verpflichtet fühlt, *muß* Anstoß erregen in einer Welt, die in der Jagd nach dem äußeren Erfolg aufgeht. Wie noch selten in der Geschichte verstehen sich Eigennutz und engstirniges Vorurteil mit einem Dunst von wohltönenden Phrasen, manchmal auch mit dem Mantel einer zweckdienlichen Ideologie, zu tarnen. Da sind es Leute wie ein I. F. Stone in Amerika und Hugo Kramer bei uns, die sich weder durch hochstehende Namen noch durch Rücksicht auf ihr persönliches Wohl davon abhalten lassen, auszusprechen, was ist. Dr. Kramers «Weltrundschau» wird denn auch außerhalb der Schweiz mit großem Interesse gelesen. Dienst an der Wahrheit und damit Dienst am Volk und an der Gemeinschaft der Völker — die nur in der Wahrheit gedeihen kann — das ist es, wofür Hugo Kramer steht. Die «Neuen Wege» danken ihm für seine aufopfernde Tätigkeit.

Die Redaktionskommission

Die wirtschaftliche Seite der Abrüstung

Die totale Abrüstung wird und muß kommen. Daran ändert der Rückschlag der mißlungenen Gipfelkonferenz nichts. Daß man sich in Amerika, wenn auch nicht offiziell, mit der Frage beschäftigt, was in der Wirtschaft an die Stelle des Rüstungsprogramms treten soll, zeigt ein Artikel des Redaktors der Zeitschrift «The Scientific American», Gerard Piel, der im Aprilheft des «Bulletin of the Atomic Scientists» erschien. Wir geben ihn auszugsweise wieder.

Wir leben in einer Epoche andauernder Prosperität, die wir zu einem bedeutenden Teil der Kernphysik verdanken. Es ist der Atom-

sprengkopf, der das interkontinentale Fernlenkgeschöß (ICBM) zur taktisch entscheidenden Waffe macht. Unter der Drohung des Druckknopfkrieges ist nationale Verteidigung zu einer fast ausschließlich technischen Angelegenheit geworden. Es scheint uns keine Mühe zu kosten, diese technischen Bemühungen Seite an Seite mit einer unerhört blühenden Friedenswirtschaft fortzuführen. Für jenen Teil der Arbeiterschaft, der mit der Rüstung zu tun hat, ist die Herstellung eines «stehenden» Arsenal von Raketen interessanter als Dienst in einer großen stehenden Armee. Ihre Arbeit bringt auch mehr ein und die Kaufkraft der ungefähr 6 Millionen Amerikaner, die für die Verteidigung arbeiten, trägt bedeutend zu einer niedagewesenen Nachfrage nach Konsumgütern und öffentlichen Diensten bei. Vorausgesetzt, daß wir die unvorstellbare Katastrophe vermeiden, ist nicht einzusehen, warum diese Kombination wirtschaftlichen Lebens sich nicht in alle Zukunft aufrechterhalten ließe.

Das Rüstungswettrennen mag sich so — wirtschaftlich gesehen — vorteilhaft auswirken und das Gleichziehen der beiden Lager im Wettrennen kann möglicherweise einem Einfrieren unlösbarer Konflikte in der Anarchie der Nationen gleichkommen. Dennoch gibt es ein weltweites Sehnen nach Abrüstung. Wer kann auch nur den Gedanken eines dritten Weltkrieges ertragen? Wer wollte nicht lieber das Genie und den Reichtum der Zivilisation im Dienste der dringenden Aufgaben des Friedens sehen? Selbst in Einparteinationen ohne freie Presse, wo es schwierig ist, die Stimme des Volkes zu vernehmen, ist Abrüstung zu einem Anliegen geworden, das imstande ist, einen Druck auf unnachgiebige Regierungen auszuüben. Von all den offenen Fragen internationaler Politik ist Abrüstung die eine, die jetzt zur Behandlung kommt.

Können wir es uns leisten, abzurüsten?

Ein gewisses Maß an Abrüstung scheint also jetzt in Aussicht zu stehen, und sogleich sehen wir uns einer ganzen Serie neuer Probleme gegenüber. Eine ernstliche Erörterung der Abrüstung wirkt auf die amerikanische Wirtschaft als eine Art Erdbeben. Wir sehen uns gezwungen die Frage zu stellen, der wir seit 10 Jahren ausweichen: *Kann die amerikanische Friedenswirtschaft ihre hohe Prosperität aufrechterhalten, ohne daß die Regierung monumentale Summen für Rüstungszwecke ausgibt?* (Vom Übersetzer hervorgehoben.) Man vergißt gerne, daß die Frage vor einigen Jahren ganz anders gestellt wurde. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fürchtete man, daß unsere Wirtschaft die ungeheure Last der Rüstung nicht werde tragen können. Es war aber gerade die Kriegsanstrengung, die die heutige Konjunktur eingangsetzte. Der Krieg, der für die anderen Länder Not und Elend bedeutete, ließ die Wirtschaft Amerikas zu neuen Höhen in Leistung und Prosperität anlaufen. In diesen 20 Jahren ist die Kriegswirtschaft zum festen Bestandteil unseres normalen Wirtschaftslebens

geworden und der Normalzustand bedeutet heute einen unerhört hohen Grad wirtschaftlicher Tätigkeit. Das Nationaleinkommen ist dieses Jahr auf den nie erreichten Stand von 450 Milliarden Dollar angestiegen und dürfte 1960 500 Milliarden Dollar erreichen. Das durchschnittliche Familieneinkommen der Amerikaner überschreitet heute 5000 Dollar.

Aber die Freude an unserer Prosperität erfährt einige Störungen durch Umstände, die irgendwie nicht zur traditionellen Auffassung einer gesunden Wirtschaft passen. Das Bundesbudget ist in dieser Zeit nie zurückgegangen, ohne sogleich wieder zu anscheinend unbeschränkter Höhe anzusteigen. Mit 70 Milliarden Dollar pro Jahr machen die Bundesauslagen 15 Prozent unseres ganzen Nationalproduktes aus.

Trotz hohen Steuern weisen die Bundesfinanzen in 4 von 5 Jahren ein Defizit auf, und die Nationalschuld beläuft sich auf nicht weniger als 300 Milliarden Dollar.

Es ist anzunehmen, daß unsere Wirtschaftsführer sich darüber Gedanken machen, wie die Abrüstung unser Wirtschaftsleben beeinflussen wird und was anstelle der Rüstungsausgaben treten könnte. Jedenfalls aber hat die Öffentlichkeit von solchen Plänen nichts erfahren. Was aus Verlautbarungen führender Geschäfts- und akademischer Kreise bis in die letzte Zeit bekannt geworden ist, läßt schließen, daß nach Ansicht jener Kreise die Rüstungsindustrie noch viele Jahre einen unverminderten Bestandteil unserer nationalen Wirtschaft bilden soll.

Das Problem einer Abrüstung ohne schwere wirtschaftliche Störungen wird also dem amerikanischen Bürger zur Lösung überlassen. Was er bald einmal feststellt, ist dies: Es ist die wirtschaftliche Zwangslage mindestens ebenso sehr wie die militärischen Notwendigkeiten, die die Höhe des Rüstungsbudgets bestimmt.

1929: Zwei Drittel der Nation in Not

Um jene Zwangslage zu verstehen, muß man sich in die Jahre zurückversetzen, da die wirtschaftliche Lage noch «normal», das heißt nur den bekannten Zyklen von Konjunktur und Krise unterworfen war. Im Jahre 1929 lebten zwei Drittel amerikanischer Familien auf dem Existenzminimum oder darunter. In ungefähr der Hälfte aller Familien waren Familienmitglieder entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt. Das Einkommen dieser zwei Drittel belief sich auf etwa 25 Prozent des Nationaleinkommens. Das heißt, daß die Transaktionen der amerikanischen Industrie nur etwa einen Drittel der Nation erfaßten. Obwohl die amerikanische Industrie schon damals die weltgrößte war, funktionierte sie als eine Art Anhängsel einer armen Nation, deren Bevölkerung vom hohen Stand industrieller Entwicklung kaum profitierte.

In den Jahren der Hochkonjunktur, etwa 1926 bis 1929, versuchte

die amerikanische Industrie ihren Absatz durch neue Methoden, hauptsächlich durch die Entwicklung des Abzahlungsgeschäftes, zu vergrößern. Durch großzügig erweiterte Konsumentenkredite sollten die ärmeren Volksschichten in das Wirtschaftsleben einbezogen werden. Der Börsensturz vom Oktober 1929 führte bekanntlich zu einer allgemeinen Wirtschafts- und Kreditkrise, der schlimmsten, die Amerika bis jetzt erlebt hat und vor welcher Wirtschaftswissenschaft wie behördliche Maßnahmen vollkommen versagten.

Unter Präsident Roosevelt,

der 1933 sein Amt antrat, wurde zum ersten Mal versucht, neue Methoden der Krisenbekämpfung anzuwenden. Die Keynes'sche Auffassung, wonach die Anlage von Staatsgeldern in öffentlichen Arbeiten — Straßenausbau, Bodenverbesserung, Aufforstung, Flußkorrekturen neben vielen andern Projekten — anstelle von Investitionen in Kapitalgütern — die Produktion von Konsumgütern stimuliert und schließlich die ganze Wirtschaft wieder ingangsetzt, wurde in den dreißiger Jahren erprobt, mit dem Erfolg, daß das Nationaleinkommen wieder anstieg, und zwar um ein Mehrfaches der in öffentlichen Arbeiten angelegten Gelder.

Die amerikanische Industrie war aber damit nach wie vor nicht in der Lage, die Bedürfnisse von mehr als einem Drittel der Bevölkerung zu erfüllen, während zwei Drittel, die nur über ein Existenzminimum oder weniger an Einkommen verfügten, nicht in der Lage waren, selbst ihren wirklich dringenden Bedarf anzumelden.

Die Kriegswirtschaft

Diese Sachlage erfuhr eine drastische Änderung erst durch die Kriegswirtschaft des Zweiten Weltkrieges, dann allerdings fast über Nacht. Die Ausgaben der öffentlichen Hand für Rüstungszwecke stiegen von 8 Milliarden auf 98 Milliarden Dollar im Laufe von Monaten. Die industrielle Kapazität wurde voll ausgenützt und bald darauf gewaltig erweitert und, was neu war, Vollbeschäftigung wurde bis 1942 erreicht und damit auch dem ärmsten Wanderarbeiter die Möglichkeit gegeben, dank seiner Kaufkraft, seine Wünsche zu verwirklichen. Nicht alle Wünsche oder Bedürfnisse, denn das rapide Ansteigen des Bedarfes machte die Rationierung vieler Bedarfsartikel notwendig. Aber die bedeutungsvolle Wendung von der Not inmitten der Fülle zur Erfüllung der lebensnotwendigen Bedürfnisse *für Alle* — trotz kriegsbedingter Knappheit vieler Bedarfs Güter — dieser Wandel war in Amerika zum ersten Mal Tatsache geworden.

Rationierung und Preiskontrolle bewirkten, daß diese Kaufkraft in Form von Sparguthaben auch die ersten Nachkriegsjahre überbrücken half, für die viele Pessimisten eine schwere Depression vorausgesagt hatten. Dies trotz scharfer Einschränkung der Bundesausgaben.

Die Krise kündigte sich 1948 an, wurde dann aber infolge der Korea-Aktion und des Kalten Krieges durch eine neue Rüstungskonjunktur abgelöst. Gegenüber den Vorkriegsjahren hat sich das Produktionsvolumen Amerikas mehr als verdoppelt, was sich dahin auswirkt, daß nur noch ein Drittel der Bevölkerung (verglichen mit zwei Dritteln vor dem Krieg) schlecht ernährt, schlecht gekleidet und schlecht untergebracht ist.

Die Wirtschaft des Kalten Krieges

Die Verherrlichung eines Wirtschaftssystems der Fülle ist denn auch seit Jahren das Thema eines Großteils der amerikanischen Presse. Nur eben — man muß zugeben, daß diese Fülle zum Teil auf Militärausgaben beruht. Von den 70 Milliarden Dollar, die das Bundesbudget für 1959 auswies, waren 60 Milliarden für das Wehrwesen bestimmt, unter Einschluß allerdings der Verpflichtungen für Schuldzinsen und Pensionsverpflichtungen aus früheren Kriegen. Ein großer Teil der 40 Milliarden Dollar, die direkt für die neue Rüstung aufgewendet werden, entfällt auf die Löhne von 3 Millionen Bundesangestellten und 3 Millionen Arbeitern in Rüstungsbetrieben, die zusammen rund 10 Prozent der Arbeitnehmerschaft ausmachen. Die 40 bis 60 Milliarden Dollar, die so in die Wirtschaft hineingepumpt werden, oder vielmehr ihr Produkt, militärische Waffen, können nicht mit der Güterproduktion der Privatwirtschaft in Konkurrenz treten. Sie belasten den Markt nicht, aber sie schaffen durch die von ihnen geschaffene Kaufkraft ein zusätzliches Produktionsvolumen für die Privatwirtschaft, das sich nach verantwortlichen Schätzungen bis auf 33 Prozent des Nationalproduktes beläuft.

Die nächste Forderung ist unwiderlegbar. Weitere Rüstungsproduktion, obschon sie bei der raschen Überalterung der Waffentypen theoretisch ad infinitum weitergeführt werden könnte — schließt sich aus, weil sie früher oder später zwangsläufig zu Krieg führen muß. An die Stelle der Waffenproduktion muß infolge ihrer lebenswichtigen wirtschaftlichen Rolle eine andere *Tätigkeit* treten, die die Konsumgüterwirtschaft inganghält.

Statt Waffen öffentliche Dienste

Daß dies nur Arbeiten der öffentlichen Hand sein können, scheint uns nach unseren bisherigen Ausführungen klar zu sein. Dies um so mehr, als der amerikanische Nationalhaushalt seit Jahren einen Tiefstand in den Zuwendungen für das öffentliche Wohl, für kulturelle und künstlerische Entwicklung aufweist.

Zehn Millionen amerikanische Kinder besuchen die Volksschule in Gebäuden, die längst als abbruchreif anerkannt sind. In Klassen von 50 bis 60 Schülern zusammengepfercht erhalten sie hier ein Minimum

an Unterricht. Die Lehrer werden unter diesen Umständen zu schlecht besoldeten Hilfskräften der Polizei degradiert. Schulgebäude wie der ganze Erziehungsprozeß auf der Volksschulstufe wie in den Mittelschulen bedürfen — nicht zuletzt im Interesse einer gedeihlichen Wirtschaft — einer gründlichen Erneuerung.

Die Wohnquartiere der Großstädte sind von den Wohlhabenden längst den niedrigsten Einkommensklassen und den rassischen Minoritäten — Portoricanern, Neger, Chinesen — überlassen worden, die durch ihre Zusammenballung in überfüllten Slums Probleme schaffen, die gelöst werden müssen, wenn sie den Behörden nicht über den Kopf wachsen sollen. Dasselbe gilt von der zunehmenden Behinderung des öffentlichen Verkehrs, die droht, die Städte nicht nur unbewohnbar, sondern sogar unzugänglich zu machen. Natürlich handelt es sich um Riesensummen, die für die Beseitigung der Slums, den Bau neuer Verkehrsadern aufgebracht werden müßten. Wenn eine neue Untertunnelung des Hudson, zum Beispiel, auf rund 250 Millionen Dollar pro Meile veranschlagt wird, so wirken solche Kosten kaufmännisch betrachtet prohibitiv, unter dem Aspekt der Arbeitsbeschaffung können sie sich für das Gesamtwohl als das Richtige erweisen.

Die Liste von Unternehmungen der öffentlichen Hand, die alle als dringend anerkannt sind, könnte beliebig fortgesetzt werden. Hier seien nur noch erwähnt: der Gesundheitsdienst, der Kampf gegen die Bodenerosion, der, unter Roosevelt begonnen, erst zum Teil durchgeführt ist, die Regulierung der großen Flüsse, deren spektakuläre Möglichkeiten Tennesseeetal vordemonstriert, am Missouri zum Beispiel fortgesetzt werden sollten, um die immer wieder eintretenden Überschwemmungen zu verhüten. Alle diese Aufgaben des öffentlichen Lebens wurden seit 1939 vernachlässigt, nicht allein von der Bundesregierung, sondern ebenso sehr von den Behörden der Staaten und Gemeinden. Es bedarf der Initiative der Verantwortlichen auf jeder Ebene, wenn hier eine neue Einstellung Platz greifen soll.

Für die kommenden Dezennien eröffnet sich Amerika, wie auch anderen westlichen Ländern, die Aufgabe, den unterentwickelten Ländern zu einer höheren Lebenshaltung zu verhelfen, was nur durch deren mindestens teilweise Industrialisierung geschehen kann. In der Erforschung und Vorbereitung geeigneter Projekte dieser Art liegt ein Arbeitsgebiet für Ingenieure und Wissenschaftler, die durch die Abrüstung brotlos werden. Das «Friends Service Committee» in Philadelphia hat berechnet, daß in Amerika in den nächsten 10 Jahren allein 20 Milliarden Dollar pro Jahr für Zwecke, wie sie oben skizziert wurden, eingesetzt werden sollten. Sachverständige würden diese Schätzung sicher als zu niedrig betrachten.

Wenn man sich fragt, warum von seiten der Geschäftswelt keine Vorschläge für Unternehmungen solcher Art laut werden, so muß man sich der Einstellung des Durchschnittsbürgers in dieser Frage bewußt

werden. Wie Professor J. K. Galbraith, ein Nationalökonom der Harvard-Universität, sagt, sind Tausende von geschickten Werbefachleuten damit beschäftigt, neue Industrieprodukte an den Mann zu bringen oder dem Publikum ein Bedürfnis für solche Erzeugnisse einzureden oder zu suggerieren. Wer ein neues Fabrikat zum «bestseller» macht, ist ein verdienter Mann. Wehe aber dem Politiker, der sich einfallen läßt, einen neuen Dienst zum Gemeinwohl vorzuschlagen. Er ist ein Verschwender.

Die Schwierigkeit liegt, wie gesagt, in unserer psychologischen Einstellung. Wir sehen, wie die Nation reicher wird, indem sie Riesensummen verschwendet für Waffen, die für den Schrotthaufen bestimmt sind. Aber wir sind nicht davon zu überzeugen, daß wir zweimal reicher werden könnten durch die Verwendung unserer Mittel für öffentliche Werke. Wir beurteilen die Wohlfahrt der Nation vom Standpunkt des Geschäftsmannes. Er betrachtet die Regierung als schlecht geführtes Unternehmen, das mit sauer verdienten Steuerbäzzen inganggehalten wird. Ausgaben für öffentliche Zwecke sind daher nicht gewinnabwerfende Ausgaben und als solche deshalb nur unter zwingender Not zu rechtfertigen. Nur eine einzige öffentliche Aufgabe, die Landesverteidigung, erhält die Zustimmung der Bürgerschaft für wirklich massiven Einsatz von Steuergeldern.

Unternehmungen der öffentlichen Hand kommen eben nicht selten mit Einzel- oder Gruppeninteressen in Konflikt (wie der Widerstand der Elektrizitätsgesellschaften gegen die Missouri-Regulierung zeigte). Es wäre, wie Keynes ironisch illustrierte, für die Regierung mit weniger politischen und praktischen Schwierigkeiten verbunden, Banknoten in alte Flaschen zu stecken, sie in gehöriger Tiefe zu vergraben und sie durch private Unternehmen wieder ausgraben zu lassen, als — sagen wir — in öffentlichem Unternehmen Häuser zu bauen, die der Allgemeinheit zu gute kämen. In beiden Fällen wird Arbeit und damit Kaufkraft geschaffen und eine Erhöhung des Lebensstandards bewirkt. Bisher hat die westliche Welt den ersten Weg gewählt.

Heute sind wir an dem Punkt angelangt, wo wir uns entscheiden müssen, ob wir die Macht, die die Wissenschaft uns zur Verfügung stellt, zum Aufbau oder zur Zerstörung einsetzen wollen. Die alte Anschauungsweise, die die Wirtschaft nur vom Standpunkt des «businessman» beurteilt, sieht nicht weiter als bis zur nächsten Konjunkturschwächung oder bis zur Katastrophe. Nur wer die Wirtschaft von außen — als Mittel zum Zweck — betrachtet, kann für die Zeit planen, da das ganze Volk und nicht nur ein Teil an den materiellen Segnungen einer wirtschaftlichen Zivilisation teilhaben wird.